

Der Gegenentwurf

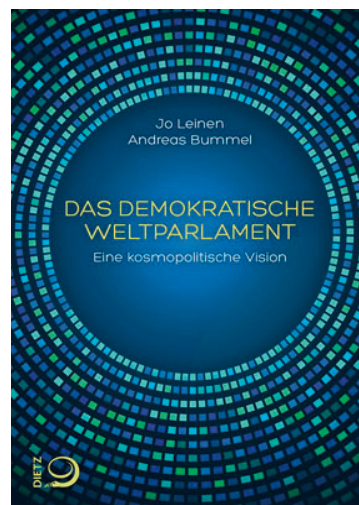
Zu den historisch zähesten Fiktionen gehören die Idee des „Nationalstaats“ und jene von „nationaler Souveränität“. Die beiden Fiktionen verbinden nationalistische Rechtsradikale mit europäischen Rechtspopulisten und mit britischen Commonsense-Chauvinisten, die eine mit demagogischen Kampagnen gebackene Brexit-Mehrheit für „eine Manifestation des politischen Pluralismus“ (Dominic Johnson, *taz* 19.6.2017) halten. Bereits Kant kritisierte solche nationalen Souveränitätsflausen als das, was sie wirklich sind: nämlich Ausdruck „der barbarischen Freiheit“ von Staaten, die sich im Kostüm von operettenhafter Souveränität jenseits von Recht, Menschenrecht und Völkerrecht tummeln.

Jo Leinen, Abgeordneter im EU-Parlament, und Andreas Bummel von der Nichtregierungsorganisation *Democracy without Borders* begründen in ihrem ebenso umfangreichen wie informativen Buch die Antiquiertheit und die immensen Kosten bzw. Kollateralschäden der auf die Souveränität von vermeintlichen Nationalstaaten pochenden Politik. Sie nennen ihre weit ausholende Studie im Untertitel eine „kosmopolitische Vision“. Das versetzt die kalauernde „Realpolitik“, die Visionen für einen Fall für den Psychiater halten, ins Unrecht, denn die sozialen und politischen Probleme im globalen Maßstab – Armut, Hunger, Krieg, Terror, Ungleichheit, Verschwendung (um nur

die wichtigsten Indikatoren für die realen Zustände zu nennen) – verlangen nach neuen Ideen und eingreifenden Transformationen.

Das Paradoxe an einer solchen Sicht auf die Welt ist freilich, dass die Ideen, die Zustände zu ändern, zum Teil schon recht alt sind. Aber die zunehmende planetare ökonomische, politische und soziale Verflechtung macht die Ideen bzw. Visionen einer Welt jenseits von bloßer National- und bestenfalls Zwischenstaatlichkeit aktueller denn je.

Im ersten Teil des Buches behandeln die Autoren die politischen Initiativen, um die vorhandenen internationalen Organisationen zu verbessern, d.h. zu ergänzen und zu demokratisieren in Richtung eines kosmopolitischen Weltrechts statt eines von Staaten dominierten Völkerrechts. Unabdingbare Voraussetzungen dafür wären ein Weltparlament und eine Weltregierung, als deren gemeinsames Subjekt nur die Menschheit als Ganze aufzutreten geeignet ist. Bei Begriffen wie „Weltparlament“, „Weltstaat“ oder „Weltrecht“ geraten „Realpolitiker“ und ihre medialen Agenten schnell ins Hyperventilieren. Das ist seltsam, denn in pervertierter Form gibt es den „Weltstaat“ bereits – etwa als weltweit fast autonom agierende Konzerne, Fonds, Banken und Spekulanten, aber auch als pervertiertes „Weltrecht“ in Gestalt des „Kriegs gegen den Terror“, den die USA und andere Staaten



Jo Leinen/Andreas Bummel
**Das demokratische
 Weltparlament. Eine
 kosmopolitische Vision**
 Dietz Verlag, Bonn 2017,
 453 S., ISBN 978-3-8012-
 0492-1, 26,- €

gegen „feindliche Kombattanten“ führen. Ignacio Ramonet von „Le Monde Diplomatique“ nannte die geballte Macht von Konzernen, Kartellen und Banken 1997 treffend einen „Weltstaat ohne Gesellschaft“ – eine Macht völlig ohne demokratische und oft auch ohne juristische Kontrolle.

Theoretische Ansätze für eine weltrechtliche Ordnung gibt es bereits in der Antike (Diogenes, Cicero) und bei frühneuzeitlichen Theologen und Rechtsgelehrten (Francisco de Vitoria). In der Zeit der Aufklärung dominierten kosmopolitische Konzepte die Debatte, bevor sie im nationalstaatlich verbiesterten 19. Jahrhundert diskreditiert wurden und erst durch den Pazifismus und die Friedensbewegung

vor und nach dem Ersten Weltkrieg in ihrer Bedeutung und Reichweite wiederbelebt wurden. Zwar galten Pazifisten vielen noch lange und bis heute als politisch naive „Friedensschwärmer“, aber dass der Friede nach den Millionen Toten im Ersten Weltkrieg zum Ernstfall geworden war und nach überstaatlichen institutionellen Sicherungen verlangte, sahen jetzt auch Politiker ein. Von der deutschen Regierung stammt 1919 die Forderung, die Errichtung eines Weltparlaments in die Völkerbund-Satzung aufzunehmen.

Die am 23. Oktober 1945 verabschiedete UNO-Charta sah aber kein Weltparlament vor, sondern nur eine Generalversammlung, in der jeder Staat unabhängig von seiner Größe und seinem Beitrag nur eine Stimme hat. Daneben fungiert

der Sicherheitsrat mit fünf ständigen Mitgliedern, von denen jedes mit seinem Veto wirksames Handeln der Weltgemeinschaft im menschheitlichen Interessen verhindern kann. Diese Defizite der UNO-Charta bestehen bis heute: Kleine Staaten, die nur über 4 Prozent der Weltbevölkerung verfügen, besitzen mehr als die Hälfte der 193 Stimmen in der UN-Generalversammlung, und die zehn bevölkerungsreichsten Staaten mit 4 Milliarden Bewohnern haben gerade einmal 10 Stimmen.

Diesen Strukturen fehlt es an minimaler demokratischer Qualität. Die beiden Autoren diskutieren zahlreiche Vorschläge, wie eine Weltrechts- und Steuerordnung aussehen müsste, um der Dimension der Weltprobleme von der Klima-

veränderung bis zur wachsenden Armut und Verelendung gerecht werden zu können. Ganz zu schweigen von der Frage des Weltfriedens und der Eindämmung von Bürgerkriegen – Aufgaben, zu deren Lösung die Weltorganisation bestenfalls Pflasterchen verteilen kann, weil sie handlungsunfähig ist wie 1992 in Bosnien und 1994 in Ruanda.

Nicht Weltparlament und Weltregierung sind ein totalitärer Alptraum wie Hannah Arendt meinte, sondern den Alptraum bilden die Verhinderung globaler Aufklärung und der Boykott gegen demokratische Institutionen globaler Politik. Beides dient dazu, die real existierende Barbarei zu verlängern, wie das Buch eindrücklich belegt.

Rudolf Walther

Der Preis unseres Wohlstands – eine bestürzende Bestandsaufnahme

Nein, angenehm ist die Lektüre dieses Bändchens nicht. Wiederholt ärgerte ich mich über Redundanzen und vermutete Übertreibungen – war mir dabei aber nie allzu sicher, ob der Autor seine Thesen nicht in voller Absicht wiederholte, damit sie sich besser einprägen, und ob er nicht eher untertrieb, wenn er die Dinge auf den Punkt brachte. Und ich musste ihm zugute halten, dass er nie belehrt, schulmeister, den Leser bessern, ändern, ihm ein schlechtes Gewissen suggerieren will. Er bietet auch keine Patentrezepte an – die entlarvt er vielmehr als Au-

genwischerei: „Es steht ... jedem Einzelnen offen, ... bewusster zu kaufen und reflektierter zu konsumieren. ... Es soll ja hier nicht so getan werden, als gäbe es ... kein ‚Umweltbewusstsein‘, keinen Gerechtigkeitssinn, keine Menschen, die sich Gedanken machen und danach handeln ... Es gibt sie, die vielen tausend Aktivistinnen und Engagierten, die Freiwilligen und Ehrenamtlichen, die Gruppen und Initiativen, die zivilgesellschaftlichen Organisationen und bisweilen sogar staatlichen Institutionen ... Aber täuschen wir uns nicht: All das – oder wenigstens vie-

les davon – ist gut und wichtig. Doch es wird die Sache nicht richten.“

Selten hat mich ein Text so angerührt, beschäftigt und nicht mehr losgelassen. Gekauft hatte ich *Neben uns die Sintflut* wegen des Untertitels: *Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*. Damit traf Stephan Lessenich bei mir einen Nerv. Den meisten ist das Problem ‚Outsourcing‘ längst ein Begriff, nicht nur im Angestelltenwesen, sondern dass man zum Beispiel möglichst billig im Ausland produziert, sein Kapital in Steueroasen oder dubiosen Bankge-